Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM., im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im örtlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 102 — 90. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck: Dresden 2640 Montag, den 4. Mai 1931

Schauermärchen.

Vielleicht darf man einmal ein drastisches Wort sagen: jedem Deutschen wird, wenn verantwortliche Staatsmänner in den waffenstarrenden Ländern ringsum von „Abrüstung" reden, allmählich geradezu speiübel. Und wir bringen auch kaum noch Gemütswallung genug auf, um unserer Entrüstung darüber Ausdruck zu geben, daß sich — die Reihe ist endlos und es mögen hier nur die letzten von ihr erwähnt werden — in allerjüngster Zeit so nacheinander der französische Kriegsminister, dann der Staatspräsident Frankreichs, weiter Graf Brocqueville, Belgiens Kriegsminister wieder einmal hinstellten und Verstärkung der militärischen Rüstung ihrer Länder verlangten, jeden Gedanken an Abrüstung ablehnen, um genügend gegen einen — deutschen Angriff „geschützt" zu sein. Belgien baut sich jetzt nach dem Muster der französischen Ostbefestigungen und im Anschluß an sie gleichfalls ein riesiges Verteidigungswerk — von deutschen Reparationsgeldern natürlich — und findet dabei ohne weiteres die Unterstützung durch eine große Mehrheit in der Brüsseler Deputiertenkammer. Und dort werden teils von dem Kriegsminister Grafen Broqueville persönlich, teils von willfährigen Abgeordneten allerhand Schauerliches über die deutschen Geheimrüstungen erzählt. Es ist gar nicht so zufällig, daß sich die französischen Generalstabsoffiziere des Nachrichtendienstes — des „Bureau deuxième" in Paris, also der „Zweiten Abteilung" — unter Führung ihres Konsuls gerade im Königsberger „Festungs"bereich photographisch betätigten; denn Graf Brocqueville hatte auf Grund der Besuchsreise eines belgischen Offiziers so wilde Sachen über heimliche deutsche Befestigungen an der Ostgrenze vor der Kammer erzählt, daß nun auch die Franzosen schleunigst einmal ihre Nasen hineinsteckten.

Leider ist die Nachsicht, mit der sie deutscherseits dabei behandelt werden, von der Pariser Regierung in einer Weise beantwortet worden, die auch die primitivsten diplomatischen Selbstverständlichkeiten außer acht läßt; man hat es überhaupt nicht für nötig gehalten, ein auch noch so kümmerliches Wort der Entschuldigung nach Berlin zu richten, obwohl seit dieser Affäre nun schon drei Wochen verstrichen sind. Aber schließlich können wir von dem französischen Kriegsminister kaum ein anderes als ein derart „hemdärmeliges" Benehmen erwarten, nachdem er die „Notwendigkeit" für Frankreichs Rüstungsverstärkung mit der — deutschen Schuld am Weltkrieg „begründete". Er sollte jetzt freilich, nachdem so allerhand „Intimes" — und dabei noch bewußt sehr Lückenhaftes! — über die Politik des französischen Staatspräsidenten von 1912 bis 1914, Herrn Poincarés nämlich, publiziert worden ist, doch mit solchen Kriegsschuldvorwürfen an die deutsche Adresse ebenso vorsichtig sein wie sein Brüsseler Kollege Graf Broqueville, der aus jenen Veröffentlichungen eine ganze Menge von Interessantem über die französischen Durchmarschpläne durch Belgien nachlesen konnte. Vielleicht war es ihm auch gar nicht so unbekannt. Man wird jetzt schon mit ganz anderen Augen z. B. auch die berühmten Berichte der belgischen Gesandten in Paris, London usw. aus der Vorkriegszeit lesen, — und die Männer haben meist nur ahnen können, was hinter den Kulissen der Generalstäbe zwischen Frankreich, England und Rußland — natürlich „nichts Schriftliches!" — recht sorgfältig ausgearbeitet und vereinbart worden ist.

Die kleinen Kläffer begleiten das Gebell der großen, wobei aber immer daran gedacht werden muß, daß diese großen doch im aktiven Dienst stehende Minister usw. sind, also politische Verantwortung zu tragen haben. In der Französischen Kammer gibt es ja mehr als genug Abgeordnete, die die Öffentlichkeit mit den erstaunlichsten Mitteilungen über das kolossal gerüstete Deutschland überschwemmen. Jetzt liegt Herr Zeitinger dabei „ganz vorn". Mit Erfolg hat er die Veranstaltung deutscher Konzerte und die Aufführung eines deutschen „Dreyfus"-Dramas verhindert; die jungen Leute von der „Action française" waren die Hilfstruppen dieses Mannes mit dem recht wenig französischen Namen. Aber er muß als Elsässer eben demonstrativ beweisen, daß er ein echter Franzose ist. Nun hat er noch eine neue Partei gegründet, die sich Republikanische Nationalsoziale Partei nennt und die nun mit ihrer ersten Werbeversammlung vor die Öffentlichkeit tritt. Es gibt im Orient bekanntlich Leute, die von Beruf Märchenerzähler sind; und sie verstehen ihre Sache besser noch als Scheherezade, die dem Kalifen durch Tausendundeine Nacht Märchen um Märchen erzählte.

Aber die Phantasie des Redners auf dieser ersten Werbeversammlung übertraf die aller beruflichen Märchenerzähler; freilich ist diese „geistige Produktion" auch und gerade der politische Beruf der Männer um den Deputierten Zeitinger. Schauriges hörte man über das schlafende Heer Deutschlands, über die 300 000 Unteroffiziere, über die Massen junger Männer, die militärisch ausgebildet werden, die unzählbar vielen schweren Geschütze, die Deutschland sich im Handumdrehen aus Rußland besorgen könnte. Und über die gewaltige deutsche Handelsflugzeugstelle, die sich im Nu zu ebenso vielen Kriegsflugzeugen umbauen lassen könnten. Und lediglich die französische Rüstung, dazu die Bündnispolitik Frankreichs habe bisher ein Losschlagen Deutschlands verhindert.

Scheherezade hat durch ihr Märchenerzählen erreicht, daß ihr der hübsche, erfindungsreiche Kopf nicht abgehackt wurde; wir Deutsche sind nun auch nicht so unhöflich, den erwähnten männlichen Scheherazades gerade das umgekehrte Schicksal für ihr Märchenerzählen zu wünschen. Aber wir wünschten ihnen, daß sie alle miteinander in deutsche „umgearbeitete" Handelsflugzeuge verfrachtet und dem Angriff allein der 3000 französischen Flugzeuge ausgesetzt werden. Sie würden dann Märchen von einer weniger angenehmen Wirklichkeit endlich unterscheiden lernen!

Gegen die Vasallenpolitik der belgischen Regierung

Zwölfter Flamenkongreß bei Brüssel.

Brüssel, 3. Mai. Im Dorfe Wemmel, an der Peripherie Brüssels gelegen, ging am Sonntagnachmittag in Anwesenheit tausender Flamen der 12. flämische Kongreß vor sich. Der Bürgermeister der Gemeinde hatte jede öffentliche Kundgebung verboten. Die Versammlung fand deshalb auf einem abgeschlossenen Grundstück statt.

Noch bevor die Veranstaltung begann, kam es zu Zusammenstößen mit der belgischen Gendarmerie. Die immer stärker anrückenden Massen fühlten sich durch das überaus starke Polizeiaufgebot herausgefordert. Mehrere Stunden hielten die Plänkeleien zwischen Polizei und Flamen an. Zahlreiche Flamen wurden verhaftet. Immer wieder griff die Gendarmerie mit gezogenem Säbel auf die Teilnehmer ein. Mehrere Polizisten und Flamen wurden verwundet. Auch der Flamenführer Dr. Born wurde durch einen Säbelhieb auf den Rücken verletzt. Erst nach Verhandlungen zwischen flämischen Abgeordneten und Vertretern des Innenministeriums sowie der Gendarmerieführung konnte die Ruhe wieder hergestellt werden. Bedingung der Flamen war der sofortige Abzug der Polizei und Freilassung der Gefangenen. Beiden Forderungen wurde stattgegeben. Darauf nahm die Veranstaltung einen glatten Verlauf. Zum Schluß wurde folgende Entschließung gefaßt und einstimmig angenommen:

„Zehntausende flämischer Nationalisten, am 3. Mai 1931 in Wemmel versammelt, vertreten durch 15 Abgeordnete in Kammer und Senat des belgischen Staates, erheben vor der ganzen Welt Einspruch gegen das Weiterbestehen des geheimen den Völkerbundsgrundsätzen zuwiderlaufenden belgisch-französischen Militärvertrages und gegen dessen Folgen: den Bau eines riesigen Festungsgürtels in Fortsetzung der französischen Befestigungswerke, wodurch das flämische Volk, das mit allen Völkern der Erde in Ruhe und Frieden zu leben wünscht, in den französischen Herrschafts- und Militärbezirk eingemauert werden soll.

Sie erklären im Voraus, daß sie jede Verantwortung für die Folgen dieser verbrecherischen militärischen Vasallenpolitik der belgischen Regierung ablehnen.

Der neuerstandene Rat von Flandern bereitet einen Massenprotest des aus 4½ Millionen Seelen bestehenden flämischen Volkes gegen eine Politik vor, die ein Hindernis für eine wahrhafte Befriedung Europas, ja eine unmittelbare Gefährdung des Friedens, bedeutet."

Meerwasser und deutsche Erde für Polen!

Polnisches Theater bei der Aufstandsfeier.

In Kattowitz fanden die Feiern anläßlich des zehnten Jahrestages des dritten polnischen Aufstandes statt. Um möglichst viel Auswärtige nach Kattowitz zu bringen, hatte die Eisenbahn kostenlose Beförderung und Verpflegung gewährt. Es traf der polnische Staatspräsident in Begleitung des Ministerpräsidenten und des Innen-, Handels- und Wohlfahrtsministers ein. Auch der Sejm- und Senatsmarschall sowie viele hohe Offiziere sind erschienen. Dem Staatspräsidenten überbrachte eine Staffette aus Gdingen eine Kapsel mit Meerwasser und eine Staffette aus Posen eine Kapsel mit Erde aus Pommerellen. Der Staatspräsident nahm die Parade der ostoberschlesischen Regimenter, der Aufständischenverbände und der übrigen halbmilitärischen Formationen ab. Darauf wurde auf dem Ringe der Aufstandsbefehl von 1921 verlesen. Sirenengeheul und Kanonenschüsse sollten die Feier wirkungsvoller gestalten, wobei man nicht vergessen hatte, die Mündungen der Geschütze nach Deutschland zu richten.

Ein neuer Vorstoß gegen die Zollunion.

Die Kleine Entente tagt.

Die Konferenz der Kleinen Entente in Bukarest wurde eröffnet. Der tschechische Außenminister Benesch ist in Bukarest eingetroffen und ebenso der südslawische Außenminister Marinkowitsch. Die Schlußsitzung der Konferenz wird am Dienstag abgehalten. Hauptpunkt der Tagesordnung der Konferenz ist die Stellungnahme der Staaten der Kleinen Entente zur deutsch-österreichischen Zollunion.

Die Konferenz hat beschlossen, unter völligem Ausschluß der Presse zu tagen. Nur am Dienstag soll eine amtliche Mitteilung ausgegeben werden. Dieser überraschende Beschluß ist auf Benesch zurückzuführen. Man irrt sich wohl nicht, wenn man annimmt, daß Benesch nur der Öffentlichkeit die Schwierigkeiten für eine einheitliche Äußerung der drei Staaten zur Zollunion verbergen will. So gut wie sicher ist es heute schon, daß Benesch die Zollunion schroff ablehnen wird, während Südslawien eine Entscheidung hinauszögern will. Rumänien steht der Zollunion günstig gegenüber.

Wie verlautet, hat der tschechoslowakische Außenminister Benesch einen fertig ausgearbeiteten Plan gegen die Zollunion mitgebracht, nach dem sich die Tschechoslowakei erbietet, die südslawischen und rumänischen Überschüsse an Landwirtschaftserzeugnissen zu günstigen Bedingungen abzukaufen. Zweifellos steht Frankreich hinter diesem Plan.

Die Zollunion ist nicht aufzuhalten.

Auf dem Reichsparteitag des Landbundes für Österreich erstattete der österreichische Innenminister Winkler den Bericht über die politische Lage. Die Schaffung eines großen Wirtschaftsgebietes sei der einzige Weg, um der vollständigen Verelendung und dem Untergange zu entgehen. Außenpolitisch sei mit diesem Schritt eine neue Lage geschaffen worden.

Es sei zuversichtlich zu erwarten, daß die deutsche Reichsregierung und die österreichischen Vertreter bei den Beratungen in Genf fest und unnachgiebig blieben. Das Recht sei auf ihrer Seite. Die verzweifelten Anstrengungen des tschechischen Außenministers und der französischen Regierung vermöchten zwar Hindernisse zu bereiten, die Verwirklichung dieser einzigen Großtat sei aber nicht aufzuhalten.

Die Vernichtung deutschen Volksvermögens.

Der Reichsbankpräsident über die Zukunft der Weltwirtschaft.

Auf dem internationalen Treffen der Notarier (einer internationalen Vereinigung von Geschäftsleuten zur Hebung der Geschäftsmoral) sprach in Luxemburg Reichsbankpräsident Dr. Luther, der sich in bedeutungsvollen Ausführungen mit der gegenwärtigen internationalen Wirtschaftsstruktur und den widerstrebenden Wirtschaftstendenzen und damit im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Notlage Deutschlands unter dem politischen Tributdruck auseinander setzte.

Wir fühlen, so führte Dr. Luther u. a. aus, die Gegenwart als die Zeit einer Geschichtswende. Selbst aber, wenn

das gewaltige russische Experiment

teilweise gelingen sollte, so ist damit gar nichts für die dichtbesiedelten und hochindustrialisierten Länder bewiesen. Der Kapitalismus, dem die Zivilisation ihren ganzen Aufschwung verdankt, ist sicher nicht am Ende seiner schöpferischen Kraft. In dem sozialen Drängen besteht heute ein Wettlauf zwischen dem Streben nach

Abkürzung der Arbeitszeit

auf der einen und um Verlangen nach der Bedarfssteigerung auf der anderen Seite. Keinesfalls ist es möglich, aus der so weit verbreiteten tatsächlichen Arbeitsverkürzung der Gegenwart und aus dem durch die Not der Wirtschaft erzwungenen Arbeitsmangel einen bestimmten Schluß dahin zu ziehen, daß eine programmatische Abkürzung der Arbeitszeit schon jetzt der Entwicklung von Technik und Wirtschaft entsprechen würde. Kulturell stehen die Strömungen, die ihren Ursprung in weltanschaulichen Gegensätzen von grundsätzlicher Bedeutung haben, im Kampfe miteinander. Es geht dabei um hohe Ziele. Aber die Gefahr, daß schließlich doch nichts Neues geboren wird, sondern daß

chaotische Zustände

ausbrechen, in denen mühsam errungene Menschheitswerte versinken, darf nicht gering geschätzt werden.

Dr. Luther ging dann auf die Verhältnisse in Deutschland ein. Daß

die Reparationen,

weil es keine wirtschaftlich begründeten, sondern politische Zahlungen sind, das Funktionieren der Geld- und Wirtschaftsordnung stören, diese Überzeugung gewinnt unter Kundigen immer mehr an Boden und setzt sich durch. Da aber aus Gründen, die lediglich im gefühlsmäßig Politischen liegen, diese Folgerung von vielen nicht gern gezogen wird, so sucht man ihr auszuweichen. Dr. Luther ging dann im weiteren auf den Umfang der

Vernichtung des deutschen Volksvermögens

durch den Krieg und seine Folgeerscheinungen ein. Der Anteil des Volkseinkommens aus Kapitalvermögen ist von 12 bis 13 Prozent vor dem Kriege auf jetzt 4 bis 5 Prozent gesunken, die Zahl der Millionäre von rund 15 500 auf rund 2500 zurückgegangen. Dies ist die Zahl von 1927, die sich seitdem noch vermindert haben dürfte. Im Lichte solcher Betrachtungen gewinnen auch die zwei Milliarden Reparationszahlungen Deutschlands ein anderes Gesicht. Zunächst darf man nicht vergessen, daß ein großer Teil der

28 Milliarden Gesamtbelastung für öffentliche und soziale Zwecke

ein Ergebnis der deutschen Armut sind. Ein sehr großer Teil der Reichs-, Staats- und Gemeindeausgaben ist ihrem Wesen

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF